

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 19. Juni 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **B 153 A Jahresbericht 2022 - Teil I: Geschäftsbericht (B 153a) / Teil II: Jahresrechnung (B 153b) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2022 / Finanzdepartement**

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die PFK startete die Behandlung des Jahresberichtes mit einer Vorinformation an die Leader der Fraktionen in der PFK am 14. März 2023 und mit einer Vorinformation an der Sitzung vom 29. März 2023. In der Folge konnten sich die Fraktionen auf die Beratung der Botschaft B 153 vorbereiten. An zwei Tagen, am 24. und 31. Mai 2023, wurde die Botschaft B 153 A bis C beraten. Der Jahresbericht schliesst aus Sicht der PFK erfreulich ab. Alle Fraktion heissen das Ergebnis gut und schätzen die finanzielle Situation des Kantons als gut ein. Die Gründe wurden bei einer Mehrheit der Fraktionen bei der Steuerstrategie und bei einer Minderheit bei der guten volkswirtschaftlichen Lage geortet. Das Ausgleichskonto wird immer mehr geäufnet. Mehrmals wurden die nicht getätigten Investitionen im Bereich Naturgefahren bemängelt. Die vielen Einsprachen werden bedauert und der fehlende Fachkräftemangel bei Bauprojekten kritisch zur Kenntnis genommen. Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) wird Gelegenheit bieten, diese Problematik zu vertiefen. Die neu fehlenden Zahlungen der Nationalbank werden bedauert, aber alle Fraktionen waren sich bewusst, dass die Ausgaben nur von sicheren Einnahmen abhängig sein dürfen. Ebenfalls würdigten die Fraktionen die Ausgabedisziplin der Departemente, welche ein solches Resultat ermöglicht haben. Erfreulich wird auch darauf hingewiesen, dass trotz reduzierter Steuerfussanpassung die Steuereinnahmen stabil sind oder zum Teil sogar zugenommen haben. Die PFK dankt den Departementsvorstehern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre wertvolle Arbeit in einer schwierigen Periode mit Covid und Fachkräftemangel und für den Beitrag zu eingehaltenen Budgetpositionen. Das Eintreten auf die Botschaft B 153 A und B war in allen Fraktionen unbestritten. Die einzelnen Departementsvorsteher wurden am 24. Mai oder am 31. Mai 2023 zu Hearings eingeladen, und die Fraktionen konnten entsprechende Fragen stellen, die von den vorstehenden Regierungsräten und von Fachpersonen aus den jeweiligen Departementen ausführlich und kompetent beantwortet wurden. Aus diversen Anträgen, Vorstösse noch nicht abzuschreiben, empfiehlt die Kommission fünf Anliegen nicht abzuschreiben. Wir bitten Sie, diesen Anträgen zu folgen. Am Vormittag des 24. Mai 2023 wurde die PFK durch die Leiterin der Finanzkontrolle (Fiko), Karin Fein, über die Kontrollen informiert. Die Kommissionsmitglieder erhielten kompetente Antworten zu diversen Fragen. Auch ihr gilt ein Dank für ihre Arbeit und für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission. Die PFK setzte zuhanden der Leiterin der Fiko diverse Schwerpunkte, die bei den Prüfungen für den nächsten Tätigkeitsbericht 2023 besonders kontrolliert werden müssen. Die Darstellung der

Prüfungsergebnisse soll neu mit vier verschiedenen Farben erfolgen, damit die Ergebnisse noch ausdrücklicher daherkommen. Zum Geschäftsbericht Luzerner Kantonsspital (LUKS): Das Jahresergebnis der Gruppe wurde von CEO Benno Fuchs vorgestellt und ist analog zu 2021 wieder im positiven Bereich. Erneut stiegen die Zahlen der stationären Fälle und der Zusatzversicherten. Die Schwere der Fälle hat leicht abgenommen. Bei ambulanten Kontakten ist ein Rückgang festzustellen bei gleichzeitigem Anstieg der Taxpunkte. Das gute Ergebnis des Spitals Nidwalden trägt massgeblich zum positiven Gruppenergebnis bei. Zum Geschäftsbericht Luzerner Psychiatrie (Lups): Die Luzerner Psychiatrie konnte einen Gewinn ausweisen, allerdings musste ein negatives Ergebnis im operativen Bereich entgegengenommen werden. Gemäss Ausführungen des CEO Peter Schwegler hinken die Tarife den Kosten hintennach. Er zeigte auch auf, dass der Grundsatz «ambulant vor stationär» gelebt werde, sichtbares Zeichen sind die stark reduzierten stationären Betten. Die Kennzahlen im Vergleich zu andern Spitälern oder Benchmarks sind gut, was die Kostenentwicklung und das operative Ergebnis (EBITDA) betrifft. Der Jahres- und Finanzbericht 2022 des Luzerner Kantonsspitals und der Geschäftsbericht 2022 der Luzerner Psychiatrie wurden nach den gestellten Fragen zur Kenntnis genommen. Hierzu danke ich Peter Schwegler, CEO der Lups, sowie Benno Fuchs, CEO des LUKS, bestens für ihre Präsentationen und ihre Beantwortung der Fragen aus den Fraktionen. Ich danke im Namen der Kommission den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden Institutionen für den stets wertvollen Einsatz, im Besonderen im Jahr 2022, welches noch stark von Corona betroffen war. Regierungsrat Reto Wyss und dem Leiter der Dienststelle Finanzen, Hansjörg Kaufmann, danke ich für die immer sehr angenehme Zusammenarbeit sowie für die Präsenz an den Hearing-Tagen. Ich danke meiner Vorgängerin, der Präsidentin Vroni Thalman-Bieri, für die Leitung der Sitzungen zu den heutigen Geschäften, die nicht ich innehatte, und für die reibungslose und hilfreiche Übergabe dieser Geschäfte und der Kommissionsinformationen allgemein. Die PFK hat den Jahresbericht einstimmig genehmigt, ebenso die fünf vorliegenden Anträge zur Botschaft B 153. Den Bericht über die Beteiligungsstrategie hat die PFK ebenfalls einstimmig genehmigt.

Für die CVP-Fraktion spricht Daniel Piazza.

Daniel Piazza: Die Mitte-Fraktion nimmt mit Freude vom positiven Jahresabschluss 2022 Kenntnis. Das ist bereits der fünfte positive Abschluss in Folge. Zum guten Ergebnis hat die Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) beigetragen, die über 32 Millionen Franken über dem Budget lag. Aber ganz besonders ausgeprägt waren die Steuereinnahmen von natürlichen wie auch juristischen Personen, die 2022 das Budget erneut massiv übertroffen haben. Bei den natürlichen Personen ist das gegenüber dem Budget eine Verbesserung von rund 61 Millionen Franken, bei den juristischen Personen eine von rund 40 Millionen Franken und bei der direkten Bundessteuer eine von rund 30 Millionen Franken. Der Ertragsüberschuss der Jahresrechnung 2022 beträgt deshalb total 204 Millionen Franken. Damit bestätigt sich der Trend der letzten Jahre mit steigenden Steuereinnahmen bei natürlichen und juristischen Personen. Das beruht nicht auf einem einmaligen Effekt, sondern ist nachhaltig. Die Mitte-Fraktion erachtet diese Entwicklungen als Früchte der Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre, welche wir massgebend mitbestimmt haben, so zum Beispiel auch die von der Bürgerlichen – der Mitte, der FDP und der SVP – eingebrachte direkte Steuersenkung von einer Zehntelseinheit per 2022, was vor diesem Hintergrund sicherlich wichtig war. Die Investitionen konnten wieder gesteigert werden, und man ist näher an die Zahl der budgetierten Investitionen gekommen. Das ist erfreulich. 2022 hat das Investitionsvolumen nahezu 200 Millionen Franken betragen. Bei den Investitionen gibt es einzig im Bereich der Naturgefahren einen Wermutstropfen, dort konnten nicht alle

geplanten Investitionen getätigt werden. So konnten beispielsweise bei den Investitionen in Sachanlagen zum Schutz vor Naturgefahren nur 23 Millionen Franken anstatt der budgetierten 87 Millionen ausgelöst werden, zum einen wegen Verzögerungen, aber auch aufgrund von Einsparungen und fehlenden Fachkräften. Vor allem der Fachkräftemangel bedarf einer vertieften Analyse und weiterer Massnahmen, damit die wichtigen Investitionen zum Schutz der Bevölkerung möglichst zeitnah getätigt werden können. Es ist uns selbstverständlich bewusst, dass der Fachkräftemangel in diesem Bereich wie auch in der Verwaltung nicht allein ein Problem des Kantons Luzern ist, sondern eine generelle Herausforderung darstellt. Wir erlauben uns an dieser Stelle den Blick nach vorne in die Zukunft zu richten. Ein Teil der höheren Steuereinnahmen 2022 ist nachhaltig und dürfte auch in den nächsten Jahren fließen. Die nachhaltigen positiven Entwicklungen der Steuereinnahmen sind wichtig. So können wir auch in Zukunft die Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht behalten. Geld für Ausgaben auf Vorrat werden wir weiterhin nicht unterstützen. Eine hohe Ausgabendisziplin und dabei eine Priorisierung sind jederzeit wichtig, in den nächsten Jahren sogar besonders. Es ist die Voraussetzung dafür, dass der Kanton die zukünftigen, bereits jetzt absehbaren finanzpolitischen Herausforderungen aus einer Position der Stärke angehen kann und sich die Ausgangslage auch für weitere mögliche unvorhersehbare Ereignisse stabilisiert. Es ist heute schon klar, dass die im Jahr 2023 ursprünglich mit 160 Millionen Franken budgetierte Ausschüttung der SNB ausfallen wird. Vermutlich wird sie auch in den Folgejahren ausbleiben oder tiefer sein. Der Regierungsrat wird vor diesem Hintergrund gefordert sein, einen ausgeglichenen AFP 2024–2027 zu präsentieren. Der letzte AFP 2023–2026 wurde letzten Herbst zurückgewiesen, da die Jahre 3 und 4 im AFP Verluste ausgewiesen haben. Das konnten wir so nicht akzeptieren. Die Mitte-Fraktion vermisst eine klare Priorisierung. Diese wird mit dem Wegfall beziehungsweise mit Blick auf die AFP-Planperiode sicherlich tiefere Ausschüttung der SNB-Gelder sowie wegen der Spätfolgen von Corona, wegen des Ukraine-Krieges oder wegen des Umgangs mit der Flüchtlingskrise umso wichtiger. Die geforderte Priorisierung soll bezwecken, das in den letzten Jahren stark angestiegene Kostenwachstum wieder in den Griff zu bekommen. Gerade in den letzten beiden Jahren hatten wir das Gefühl, dass in der Verwaltung auf breiter Front eine gewisse Grosszügigkeit und ein Auswuchs von Kosten und Stellen feststellbar war. Das konnten wir uns nur dank dem markanten Einnahmestieg leisten. Dieser Einnahmestieg kann aus den bekannten Gründen in Zukunft auch tiefer ausfallen. Bei der Priorisierung der Ausgabenseite ist der Fokus aus unserer Sicht auf folgende Bereiche zu richten: erstens Sicherheit, zum Beispiel eine dezentrale Grundversorgung durch die Polizei, sowie die soziale Sicherheit, die mit funktionierenden Anreizen arbeitet; zweitens Gesundheit, beispielsweise die regionale Grundversorgung sicherzustellen und die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen; drittens Klima- und Energiepolitik, beispielsweise die dezentrale Stromgewinnung, die Förderung erneuerbarer Energien sowie die Umsetzung der Massnahmen aus dem Klimabericht. Auf der Einnahmenseite müssen wir hingegen weiterhin bestrebt bleiben, dass die Belastung der privaten Haushalte und der Unternehmen mit Steuern und Abgaben so tief wie möglich gehalten werden kann. Dabei geht es auch um den Erhalt der Kaufkraft. Vor diesem Hintergrund ist es der Mitte-Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass die Steuergesetzrevision für natürliche und juristische Personen wohl austariert umgesetzt werden kann. Die Mitte-Fraktion bedankt sich an dieser Stelle beim Regierungsrat und allen Mitarbeitenden für die engagierte, umsichtige und erfolgreiche Arbeit zugunsten unseres Kantons. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. Den vorliegenden Anträgen der PFK stimmen wir ebenfalls zu.

Für die SVP-Fraktion spricht Reto Frank.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion nimmt die Jahresrechnung 2022 mit Freude zur Kenntnis. Auch im vergangenen Jahr 2022 ist es uns gelungen, die Rechnung mit einem grossen Ertragsüberschuss in der Höhe von 204,5 Millionen Franken abzuschliessen, und das trotz der Senkung des Steuerfusses auf das Jahr 2022. Die bürgerliche Finanzpolitik im Kanton Luzern bestätigt sich mit dem hervorragenden Ergebnis einmal mehr. Einen wichtigen Schritt sieht die SVP jetzt in der schnellen Verabschiedung der aufgelegten Steuergesetzrevision. Sorgen macht der SVP aber immer noch der Investitionsstau, gerade auch im Wasserbau, wo es um die Sicherheit geht. Der Personalmangel und die hängigen Rechtsverfahren verhindern ein Vorwärtskommen. Generell müssen dafür Lösungen gefunden werden. Es ist zwar im Jahr 2022 gegenüber früheren Jahren mehr investiert worden, aber man ist immer noch hinter dem vom Kantonsrat genehmigten Investitionsplan. Ebenfalls beachtet werden muss, dass die SNB im vergangenen Jahr sechs Tranchen à 32 Millionen Franken hat auszahlen können, welche aber künftig wegfallen werden. Das alles bedeutet für die SVP, dass man in der Zukunft akzentuiert wird vorgehen müssen. Im Zusammenhang mit den SNB-Ausschüttungen sind mit der Botschaft B 150 die Schuldenbremsen angepasst worden. In Zukunft sind die finanziellen Aussichten eher angespannt. Bereits ab dem Planjahr 2024 sind Aufwandüberschüsse zu erwarten, die in der Zukunft weiter ansteigen werden. Aus diesen Gründen ist der AFP 2023–2026 im Herbst 2022 von unserem Rat nicht genehmigt worden. Gleichzeitig wurde der Regierung der Auftrag erteilt, den AFP 2024–2027 zu überarbeiten. Für die künftigen AFP wünscht sich die SVP ein deutlicheres Sichtbarmachen von möglichen Risiken, Sicherheiten und entsprechenden Massnahmen. Die aufgelegte Steuergesetzrevision ist zügig umzusetzen, um wettbewerbsfähig bleiben zu können sowie die Attraktivität des Kantons weiter zu erhöhen, aber auch, um die Finanzreserven auszubauen respektive um die Schuldenbremsen und die Vorgaben gemäss Finanzleitbild künftig einhalten zu können. Die Umsetzung der Beteiligungsstrategie läuft planmässig. Dem Bericht liegt die überarbeitete Botschaft B 77 zugrunde. Es sind neu zwei Beteiligungen an Organisationen des öffentlichen Rechts dazugekommen. Mit «iGovPortal.ch» wird der Service zwischen der Verwaltung, den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern verbessert. Die Beteiligung besteht aus einer ständigen Vertretung im Führungsausschuss ohne Kapitelbeteiligung. Die zweite Beteiligung mit der Viacar besteht mit einer Aktienkapitalbeteiligung des Kantons Luzern in der Höhe von 50 000 Franken. In allen Bereichen der Beteiligungs- und Risikogruppen sind punktuell wichtige Entwicklungen lanciert und umgesetzt worden. Bei den Mehrheitsbeteiligungen des öffentlichen Rechts sind aufgrund von Marktveränderungen oder bei strukturellen Veränderungen leichte Anpassungen in der Strategie vorgenommen worden. Die Risikoeinschätzungen sind in allen Organisationen gleich geblieben, und die strategischen Ziele werden gut bis sehr gut erreicht. In den Hauptaufgaben erachtet die SVP-Fraktion folgende Punkte als nennenswert: Für den Kanton Luzern hat die Digitalisierung mittlerweile eine strategische Bedeutung erlangt. Die SVP unterstützt den Kanton auf dem Weg zur Umsetzung der Digitalisierung in allen Hauptaufgabenbereichen in überschaubaren Schritten. Damit erhöht er weiter seine Attraktivität gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und auch gegenüber seinen Angestellten. Nicht zuletzt steigert er damit auch die Effizienz von Prozessabläufen und die Qualität der erbrachten Dienstleistungen. Im Zeitalter der Digitalisierung ist die Datensicherheit ein wichtiger Aspekt. Der Digital-Check hilft, die Prozessergebnisse und die Sicherheit im digitalen Umfeld bei den Anwendern bewusst zu machen und somit die Sicherheit, Effizienz und Qualität der Dienstleistungen zu erhöhen. Die Digitalisierung findet nicht nur nach aussen statt, sondern auch nach innen. Zum Beispiel im Hauptaufgabenbereich Bildung, dort werden somit neue Unterrichtsformen gefördert und

Strukturen angepasst. So wird die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht, und die Nahtstellen werden verstärkt. Dabei wird unter anderem die Durchgängigkeit zu weiterführenden Schulen optimiert. Die Förderung der Praxisnähe im Unterricht und die Stärkung der MINT-Fächer unterstützen wir ebenfalls. Im Hauptaufgabenbereich Gesundheit werden zum Beispiel drei kantonale Aktionsprogramme geführt, mit denen die Gesundheit gefördert werden soll im Sinn von Prävention statt Intervention, was langfristig das Wohlbefinden bei der Bevölkerung erhöhen und die Gesundheitskosten senken wird. Zum Schluss: Die Steuererträge werden von der Regierung insgesamt als nachhaltig eingeschätzt. Der Wegfall der SNB-Gelder ist für die nächsten Jahre als sicher anzunehmen. Insgesamt ist das Ergebnis erfreulich. Für die Zukunft werden wir mit dem überarbeiteten AFP 2024–2027 gut aufgestellt sein. Von der Digitalisierung in überschaubaren Schritten erwartet die SVP-Fraktion eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung in der Dienstleistung des Kantons Luzern. Die SVP-Fraktion genehmigt den Jahresbericht 2022 und den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Zur Abschreibung von Motionen und Postulaten äussern wir uns in der Beratung. Wir treten auf die Vorlage ein.

Für die FDP-Fraktion spricht Andreas Bärtschi.

Andreas Bärtschi: Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zu. Wir sind erfreut über den Ertragsüberschuss von über 200 Millionen Franken im Jahr 2022. Dieses Resultat bestätigt zum wiederholten Mal die erfolgreiche Finanz- und Steuerstrategie unseres Kantons, welche von der FDP massgeblich mitgestaltet und mitgetragen worden ist. Das Ergebnis bildet zusammen mit den Resultaten der Vorjahre eine solide Basis, um der Herausforderung des Totalausfalls der Nationalbankausschüttung zu begegnen, und ermöglicht wichtige Investitionen in die Zukunft und insbesondere in die bevorstehenden Grossprojekte. Unsere Forderung zur Senkung des Steuerfusses auf das Jahr 2022 um eine Zehntelseinheit hat sich, entgegen anderslautenden Behauptungen, als richtig und verkräftbar erwiesen. Zum guten Ergebnis beigetragen haben nebst der zusätzlichen Ausschüttung der SNB vor allem die Steuererträge. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich. Die Steuererträge fielen bei den natürlichen Personen um über 60 Millionen Franken und bei den juristischen Personen um über 40 Millionen Franken höher aus als budgetiert aus. Hinzu kamen Mehrerträge bei den direkten Bundessteuern von 30 Millionen Franken und über 50 Millionen Franken bei der Grundstückgewinnsteuer. Auch das ist ein Indiz für die erfolgreiche Finanz- und Steuerstrategie des Kantons Luzern. Auf der Ausgabenseite bestand zudem eine hohe Ausgabendisziplin. Dafür bedanken wir uns bei der Verwaltung und den amtierenden Regierungsräten. Leider gibt es aber auch in der Jahresrechnung 2022 einen Wermutstropfen: Mit einem Investitionsvolumen von knapp 200 Millionen Franken wurden die geplanten Investitionen wiederum unterschritten. Dies bedauern wir, auch wenn es in die richtige Richtung geht. 2020 waren die Nettoinvestitionen noch halb so hoch. Dank der erfolgreichen letzten Jahre bleibt die Investitionsfähigkeit des Kantons Luzern weiterhin erhalten. Ein Jahresbericht ist immer ein Rückblick, stellt aber auch gleichzeitig die Weichen für die Zukunft. Der Kanton hat seit dem Jahr 2000 rund 2,5 Milliarden Franken Schulden abgebaut und sich ein Nettovermögen von 470 Millionen Franken erarbeitet. Man steht heute besser da als je zuvor. Diese Grundlagen bilden die Basis für eine erfolgreiche Zukunft, und wir sind froh, dass die Steuergesetzrevision, welche von uns gefordert worden war, von der Regierung an die Hand genommen wurde. Nach der erfolgten Vernehmlassung fordert die FDP deren rasche Auswertung und ein baldiges Vorlegen einer Botschaft. Dabei sollen sowohl Massnahmen bei den natürlichen Personen als auch bei den juristischen Personen berücksichtigt werden, wie zum Beispiel eine Patentbox oder ein Abzug für Forschung und Entwicklung. Es ist wichtig, dass der Kanton Luzern auch künftig wettbewerbsfähig ist, sodass

man auch in 20 Jahren sagen kann, der Kanton Luzern steht heute besser da als je zuvor.

Für die SP-Fraktion spricht David Roth.

David Roth: Die Zahlen der kantonalen Jahresabschlüsse sind positiv. Luzern schliesst besser ab als erwartet, und zwar um 200 Millionen Franken. Genauso machen es ganz viele andere Kantone, zum Beispiel Zürich mit 1 Milliarde Franken, Bern mit 0,5 Milliarden Franken oder Basel-Land mit 300 Millionen Franken. Was zeigen diese Zahlen? Ich muss Sie enttäuschen, es nicht Ihre Finanzpolitik, die auf diesen positiven Abschluss zurückführt, sondern es ist die robuste Schweizer Volkswirtschaft. Nicht der Flugsand, sondern die Menschen in diesem Kanton haben dieses Ergebnis finanziert. Aber selbstverständlich, externe Faktoren gibt es nur, wenn es in Ihrem Weltbild schlecht läuft. Ich kann mich gut erinnern, wie Sie immer dann darauf zu sprechen kamen, wenn in den vergangenen zwölf Jahren tiefere Abschlüsse resultierten. Unvergessen ist die Jahresrechnung 2017 mit der Begründung des damaligen Finanzdirektors, 2017 sei das Motto «America first» von Donald Trump der Grund gewesen, weshalb die Einnahmen eingebrochen seien. Vielleicht war es damals nicht nur Donald Trump, vielleicht war es auch der eine oder andere Faktor und nicht nur Sie oder nicht Sie. Was den Kanton Luzern aber von anderen Kantonen unterscheidet, ist nicht im Zahlenteil zu finden, sondern im Text, ich zitiere: «Nicht alle Fälle von schwerer, organisierter Kriminalität können mit der nötigen Intensität untersucht werden. Es besteht die Gefahr, dass sich bei zu geringem Strafverfolgungsdruck und der attraktiven geografischen Lage die organisierte Kriminalität stärker auch in den Kanton Luzern verlagert.» Selbst die extremsten Neoliberalen wünschen sich einen Nachtwächterstaat, der zumindest die Sicherheit der Menschen garantiert. Der Kanton Luzern scheitert selbst daran. Auch im Bereich der sozialen Sicherheit warten die Menschen unterdessen seit über einem Jahrzehnt auf die Erfüllung ihrer berechtigten und teils gesetzlichen, bundesrechtlichen Erfüllung ihrer Bedürfnisse. Bei der Prämienverbilligung bleibt der Kanton Luzern nach wie vor weit oder in Zahlen mit 80 Millionen Franken hinter den Vorgaben des Bundes zurück. Das Problem ist, und das muss ich nach Ihren Eintretensvoten erneut feststellen, dass Sie positive Abweichungen auf sich zurückführen, und wenn etwas schiefgeht, sind immer die anderen schuld. Ich will das jetzt nicht pathologisieren, aber die Folgen davon sind, dass wir uns Sorgen machen um die Kaufkraft der Menschen in diesem Kanton. Vor diesem Hintergrund und den enormen finanziellen Bedürfnissen, die bestehen, um auch bundesrechtliche Ansprüche abzufedern und den Kanton ins 21. Jahrhundert zu bringen, was die Kita-Betreuung angeht, brauchen wir Geld. Da verträgt es keine Giesskannenmassnahmen. Hier sind wir mit Ihnen einig. Aber leider ist genau das geplant, beispielsweise mit der Abschaffung der Kapitalsteuer, ein Giesskannenprinzip mit Mitnahmeeffekt ohne direkten Nutzen für die Menschen im Kanton. Der Kanton Luzern steht gut, da. Das statistische Ausgleichskonto ist bei 890 Millionen Franken, der Spielraum bis zur Schuldengrenze ist bei 1151 Millionen Franken. Was das finanzielle Polster angeht, steht der Kanton gut da, bei den Leistungen aber nach wie vor nicht. Die dunkeln Wolken für die Menschen in diesem Kanton sind aber klar: Es ist Ihre finanzpolitische Fehleinschätzung, welche der Bevölkerung Angst machen muss, weil aus Fehlschlüssen wieder Fehlschlüsse zu folgen drohen. Sie gefährden die Kaufkraft dieser Menschen im Kanton Luzern, indem Sie planen, das Geld für Giesskannenmassnahmen einzusetzen anstatt für die Stärkung der Kaufkraft. Sie werden Mitnahmeeffekte erzielen, anstatt eine robuste Volkswirtschaft zu stärken, welche diesen Kanton ausmacht. Mit der Rechnung sind wir einverstanden, wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. Bezüglich der Abschreibung von Vorstössen bitte ich Sie, den Anträgen der PFK zu folgen, aber auch jenen beiden, welche wir eingereicht haben. Positive Abschlüsse müssen als Chance gesehen werden, und Chancen sollte man packen und nicht sinnlos

vergeben. In diesem Sinn hoffen wir auf eine umsichtige AFP-Beratung und einen sinnvollen Mitteleinsatz.

Für die Grüne Fraktion spricht Fabrizio Misticoni.

Fabrizio Misticoni: Der Kanton Luzern schliesst zum fünften Mal in Folge mit einem Ertragsüberschuss ab, die Zahlen wurden von meinen Vorrednern schon zur Genüge genannt. Wie von David Roth gehört, ist das nicht nur im Kanton Luzern der Fall. Der Kanton Zürich weist einen Überschuss von 1 Milliarde Franken aus, der Kanton Bern 0,5 Milliarden Franken, und andere Kantone haben ebenfalls Überschüsse in diesen Dimensionen. Der Kanton Luzern reiht sich somit in die Reihe der anderen Schweizer Kantone ein, die ebenfalls hohe positive Rechnungsabschlüsse präsentieren können. Die Schweizer Volkswirtschaft zeigt sich als stabil und widerstandsfähig. Die Situation des Kantons Luzern ist somit nicht singulär und einzigartig. Bedenken sollte man auch, dass das positive Ergebnis auf die ausserordentlichen Ausschüttungen der SNB zurückzuführen sind. Diese betrug 2022 mit 6 Tranchen à 32 Millionen Franken insgesamt 192 Millionen. Wie Sie alle wissen ist dieser Geldsegen aus Bern alles andere als nachhaltig, im Gegenteil, in den nächsten Jahren wird dieser Einnahmenstrom wohl versiegen. Aus diesen Gründen – die schweizweite Situation mit hohen Überschüssen bei vielen Kantonen und die ausserordentlichen SNB-Gelder – sollte man heute vorsichtig sein, diesen positiven Jahresabschluss allein mit der hochgelobten Luzerner Steuerstrategie zu erklären, sondern bedenken, dass auch externe Faktoren zum guten Ergebnis geführt haben. Das statistische Ausgleichskonto ist gut gefüllt, und der Spielraum bis zur Schuldengrenze ist bei 1151 Millionen Franken. Der Kanton steht finanziell sehr gut da, aber für einen zu grossen Teil der Bevölkerung sind die finanziellen Zukunftsaussichten nicht nur rosig: Inflation, steigende Mieten und steigende Krankenkassenprämien belasten viele und belasten auch die Kaufkraft und somit auch die Wirtschaftsleistung, also die robuste Volkswirtschaft, die zu den Überschüssen der letzten Jahre geführt hat. Der erneute hohe Überschuss zeigt aus unserer Sicht auch, dass die Prioritäten wiederholt falsch gesetzt wurden und zu wenig Leistungen für die Menschen und die nötigen Investitionen in aktuelle, alltägliche und zukünftige Herausforderungen im Kanton eingeplant waren. Dies sollte sich in Zukunft ändern hin zu nachhaltigen Investitionen und Leistungen für die gesamte Bevölkerung. Ein sinnvolles Investieren bedeutet aus unserer Sicht eine finanzielle Entlastung der tiefen Einkommen und mehr und vor allem bezahlbare Kita-Plätze, die Prämienverbilligung als wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung stärken, Investitionen in die Bildung gegen den Fachkräftemangel, Investitionen in die Attraktivität des Kantons Luzern als Arbeitgeber und die Sicherstellung der Finanzierung der Klimastrategie via Klimafonds. Die soziale Sicherheit und die ökologische Zukunft für die kommenden Generationen in einem lebenswerten Kanton müssen uns wichtig und etwas wert sein. Aber auch die öffentliche Sicherheit sollte uns in Zukunft noch mehr wert sein. Mit einem gewissen Unbehagen zitiere ich aus der Risikoanalyse des Justiz- und Sicherheitsdepartementes: «Nicht alle Fälle von schwerer, organisierter Kriminalität können mit der nötigen Intensität untersucht werden. Es besteht die Gefahr, dass sich bei zu geringem Strafverfolgungsdruck und der attraktiven geografischen Lage die organisierte Kriminalität stärker auch in den Kanton Luzern verlagert.» Wir sind sehr gespannt, wie dieses schwerwiegende Risiko im kommenden AFP angegangen werden soll, und wir hoffen sehr, dass die viel genannte Priorisierung dementsprechend erfolgt. Wir sehen es alle: Es bestehen viele Herausforderungen und ein grosser finanzieller Bedarf. Aus all diesen Notwendigkeiten zeigt sich für uns klar auf, dass die aktuell geplante Steuergesetzrevision, deren Ausrichtung und Komponenten die Grünen aktuell höchstens teilweise unterstützen können, allen Menschen im Kanton zugutekommen muss, und sie muss realistisch, massvoll und vor allem auch fair in

Bezug auf die Belastung der einzelnen Gemeinden sein. Es darf nicht sein, dass wir bei den Steuersenkungen übermütig werden – um den Finanzdirektor wieder einmal zu zitieren – und uns so den nötigen finanziellen Spielraum für die nächsten Jahre unnötig einschränken. Lassen Sie mich auch etwas zum Investitionsstau sagen: Auffallend hoch und nachhaltig für das gute Ergebnis verantwortlich sind unter anderem Investitionen, die nicht beziehungsweise nicht im geplanten Ausmass ausgelöst wurden, leider nicht zum ersten Mal. Der Investitionsstau betrug im letzten Jahr 50,8 Millionen Franken. Dies ist zwar eine klare Verbesserung im Vergleich zu den vorherigen Jahren, aber trotzdem noch immer eine beträchtliche Summe, die nicht ausgelöst werden konnte. Im Bereich Wasserbau wird dies beispielsweise unter anderem mit dem fehlenden beziehungsweise nicht gefundenen Fachpersonal erklärt. Diese Erklärung mag teilweise und im Einzelfall sicher zutreffend sein. Daraus folgen für uns aber zwei nötige Massnahmen: zum einen die Arbeitgeberattraktivität noch mehr zu verbessern und zum anderen, sich grundsätzliche Massnahmen zu überlegen, wie sich Investitionen beziehungsweise Projekte und Aufgaben trotz Fachpersonalmangel auslösen und managen lassen. Es ist ein Fakt, dass uns die schwierige Arbeitsmarktsituation länger erhalten bleiben wird, und es braucht vonseiten der Dienststellen eine Lösung, wie Investitionen trotzdem realisiert werden können, um eine grössere Planungsgenauigkeit und somit eine verbesserte Budgetgenauigkeit zu erreichen. Zum Schluss: Ein wichtiger Teil der Rückschau auf das vergangene Jahr ist auch der Bericht der Finanzkontrolle, welcher in der PFK beraten wird. Dieser Bericht ist für die Kommission und unseren Rat ein wichtiges Instrument zur Kontrolle und Aufsicht über die Verwaltungseinheiten. An dieser Stelle richten wir einen herzlichen Dank aus an Karin Fein und ihr Team für die akribische Arbeit, die ab und zu auch nötige Hartnäckigkeit benötigt, eine Hartnäckigkeit, die sich aber auszahlt; so kann als ein konkretes und positives Beispiel erwähnt werden, dass im Bereich der korrekten Anwendung beim Beschaffungswesen im letzten Jahr grosse Fortschritte in gewissen Dienststellen erreicht wurde, das ist sehr positiv und soll auch gewürdigt werden. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. Den Anträgen der PFK sowie den beiden weiteren Anträgen bezüglich nicht abzuschreibender Vorstösse folgen wir ebenfalls.

Für die GLP-Fraktion spricht Riccarda Schaller.

Riccarda Schaller: Wir bedanken uns bei der Regierung und allen Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre Arbeit im Jahr 2022. Wir schätzen es immer, den Jahresbericht und die Jahresrechnung zu erhalten. Zwar handelt es sich um ein Standardtraktandum, aber ein wichtiges, es ist ein Rückblick und verschafft einen Überblick. So kann auch herausgespürt werden, wo Handlungsbedarf besteht. Im Moment leben wir in unsteten und zunehmend komplexen Zeiten, das ist bekannt. Dadurch ist auch das Budgetieren nicht immer einfach. Gleichzeitig steigt der Ressourcenbedarf des Kantons aufgrund der aktuellen Herausforderungen und der gesellschaftlichen Entwicklungen. Das widerspiegelt sich im Jahresbericht und in der Jahresrechnung. Überraschen tut das wohl niemanden. Überraschender erscheint auf den ersten Blick das Gesamtergebnis, nämlich der Ertragsüberschuss von rund 204 Millionen Franken. Dieses Ergebnis reiht sich aber in einen nationalen Trend ein, die meisten Kantone weisen in diesem Jahr solche Abschlüsse aus, dies vor allem, weil die SNB sehr hohe Beträge ausschütten konnte. Das wird aber in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Dieser Ertragsüberschuss des Kantons ist aber auf jeden Fall zu begrüssen, zumal einige Aufgaben vor uns liegen, für die wir Finanzmittel benötigen, für die wir aber auch in Zukunft wieder gute Finanzmittel erhalten. Ich spreche von den Steuereinnahmen, die in ihrer Entwicklung sehr positiv und nachhaltig sind. Bei der Steuergesetzrevision müssen wir darauf achten, dass das auch weiterhin so bleibt. Bei den Ausgaben denke ich an die Massnahmen aus dem Klimabericht und für die Entwicklung einer funktionierenden Mobilität

im Kanton, die Einführung der Individualbesteuerung, eine flächendeckende familienergänzende Kinderbetreuung sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Besonders im Bereich der psychischen Gesundheit junger Menschen und der Bildung läuft nicht alles rund. Darauf gilt es das Augenmerk zu legen. Auf der Einnahmenseite ist es wichtig, dass der Kanton weitermacht und ein für die Wirtschaft und die Bevölkerung attraktiver Standort bleibt. Das ist nicht einfach, deshalb ist es wichtig, bei der AFP-Beratung eine entsprechende Priorisierung vorzunehmen. Gerade im Bereich der Gesundheit lässt sich einiges machen, wenn die Gesundheitsversorgung zukunftsfähig und kosteneffektiv ist. Die gute finanzielle Ausgangslage des Kantons sehen wir als Chance. Es ist eine Chance, die wichtigen Herausforderungen anzugehen und nicht aufzuschieben. Für die GLP-Fraktion sind die Ausgabendisziplin und eine gute Priorisierung wichtig. In den Bereichen Umwelt, Bildung und Gesundheit kommt es uns aber teuer zu stehen, wenn wir gewisse Investitionen und Aufgaben nicht tätigen. Nicht zu handeln, hat auch seinen Preis. Leider können wir in Zukunft nicht mehr mit hohen oder überhaupt mit Ausschüttungen der SNB rechnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt die Weichen für eine nachhaltige Finanzpolitik stellen. Der Saldo des statistischen Ausgleichskontos liegt bei 890,3 Millionen Franken. Der Kanton konnte die Schuldenbremse trotz Krisen einhalten. Das sehen wir als Zeichen, dass der Kanton gut dasteht und er die Herausforderungen anpacken kann. Die GLP-Fraktion legt die Hoffnung auf die Digitalisierung und den Abbau von Bürokratie. Viele der anstehenden Aufgaben können nicht einfach wegpriorisiert werden. Es stimmt uns positiv, dass die Regierung im Jahresbericht vom Abbau von Regulativen und vom Ausbau von E-Government spricht. Die Richtung stimmt, und es ist gut, die Digitalisierung voranzutreiben. In Bezug auf die Nettoinvestitionen halte ich mich kurz: Wir stellen ebenfalls fest, dass diese unter dem Budget liegen. Wir finden es wichtig, dass sich hierzu Lösungen finden, um Ende Jahr einer Punktlandung näher zu kommen. Speziell erwähnen möchte ich die Umsetzung der Beteiligungsstrategie. Es ist wichtig, dass wir die Zielvorgaben, den Frauenanteil von 30 Prozent in den Führungsgremien bei Unternehmen, an denen der Kanton beteiligt ist, aktiv zu erreichen versuchen. Im Moment ist das Ergebnis noch nicht zufriedenstellend, noch nicht einmal die Hälfte der Unternehmen hat dieses Ziel erreicht. Insbesondere bei der Luzerner Kantonalbank (LUKB), die zu 61 Prozent dem Staat gehört, müsste der Fokus darauf gelegt werden. Zudem sollte sich der Regierungsrat bei allen Beteiligungen aktiv dafür einsetzen, dieses Ziel zu erreichen. Es ist wichtig, diese Diversität in den Führungsgremien zu erreichen. Wir sehen es zudem als problematisch an, dass der Kanton mit 61 Prozent an der LUKB beteiligt, nicht aber im Verwaltungsrat vertreten ist. Vielleicht sollte darauf hingearbeitet werden, dass sich die Beteiligung auf einem Niveau hält, die es vertretbar macht, keinen Verwaltungsrat zu haben. Aber mit 61 Prozent sollte man doch nahe am Steuer sitzen. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen ihr zu. Den Anträgen der PFK stimmen wir ebenfalls zu.

Daniel Piazza: Ich nehme zum Votum von David Roth Stellung. Es gibt mehrere Punkte in seiner Argumentation, die wir gerne kommentieren würden. Aber um nur einen auszuwählen: Er hat betont, dass die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger zu stärken sei. Ich nehme ihn gerne auf einen kleinen Rückblick mit. 2022 haben die von ihm sehr herzhafte kritisierten bürgerlichen Parteien die Steuern um eine Zehntelseinheit reduziert. Das ist Kaufkraftsteigerung. Wenn wir die Steuern nicht direkt um eine Zehntelseinheit gesenkt hätten, wie er das vor zwei Jahren wollte, wäre der Überschuss des Kantons um 64 Millionen oder 32 Millionen Franken grösser gewesen, also rund 230 Millionen beziehungsweise 260 Millionen Franken. Aber die Kaufkraft der Luzernerinnen und Luzerner wäre um diesen Betrag kleiner gewesen. Deshalb stelle ich David Roth die Frage, ob diese Steuerpolitik, die

unter anderem auch eine Steuersenkung beinhaltet, tatsächlich komplett falsch ist. Es ist auch nicht korrekt, wenn er die Überschüsse von Zürich und Bern als Vergleichswert zitiert. Auch diese sind aus dem Kontext gerissen und betrachten nur den Überschuss. Auch dort gibt es Punkte, die das beeinflussen, zum Beispiel die Steuerbelastung. Zudem ist es wichtig, eine Aussage von Fabrizio Misticoni ins richtige Licht zu rücken: In seinem Votum hat er festgestellt, dass sich die 204 Millionen Franken Überschuss mit den SNB-Ausschüttungen von rund 190 Millionen Franken erklären liessen. Die SNB-Gelder waren aber bereits mit 160 Millionen Franken budgetiert. Über dem Budget waren es also 32 Millionen Franken. Bei den restlichen 172 Millionen Franken handelt es sich um Verbesserungen gegenüber dem Budget. Bei den natürlichen Personen waren das 61 Millionen Franken, bei den juristischen Personen 40 Millionen Franken und bei der direkten Bundessteuer rund 30 Millionen Franken. Das ist die Erklärung für den guten Abschluss.

David Roth: Die Reise, auf die uns Daniel Piazza mitgenommen hat, ist wahlweise eine Achterbahn- oder Geisterbahnfahrt. Inhaltlich war der Konnex etwas schwierig. Ich habe nicht die Überschüsse zitiert, sondern die Abweichungen zum Budget, das heisst also die gemachten Fehleinschätzungen aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage. Entsprechend ist es durchaus repräsentativ, die Abweichungen und nicht die veränderten Umstände der einzelnen Kantone zu nennen. Mit Baselland, Zürich und Bern haben wir verschiedene Beispiele, aber bis auf in ein bis zwei Kantonen präsentiert sich in fast allen Kantonen das gleiche Bild. Nochmals zur Kaufkraft: Wenn Sie den Steuerfuss senken, hat das durch die Progression eine gewisse Wirkung, das muss ich Ihnen wohl kaum erklären. Aber deshalb bin ich auch von Ihren Ausführungen überrascht. Bei hohen Einkommen wirkt sich das deutlich stärker aus. Wenn Sie einen Fixbetrag in Form einer Steuersenkung oder den gleichen Betrag in Form von Barauszahlungen den Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben, profitieren von Ihrer Variante nur gerade 15 Prozent mehr als bei einer Barauszahlung. Das heisst, dass 85 Prozent mit einer Steuerfussenkung schlechter fahren als mit einer Barauszahlung. Was heisst das umgekehrt? Nur ganz wenige profitieren davon. Die meisten leiden aber darunter, etwa weil sie die Prämienverbilligungen von 80 Millionen Franken nicht erhalten, obwohl sie Anspruch darauf hätten, oder weil sie die Kita nicht in Anspruch nehmen können, weil sie im Kanton Luzern wegen des fehlenden Kita-Gesetzes völlig überteuert ist. Das sind nochmals 60 Millionen Franken. Diese 140 Millionen Franken, mit denen der Kanton Luzern hinter den meisten Kantonen zurückliegt, bezahlen die Leute mit ihrer direkten Kaufkraft. Bei Leuten mit tiefen Einkommen stärkt 1 Franken die Luzerner Volkswirtschaft, da dieser in der Luzerner Volkswirtschaft wieder überdurchschnittlich ausgegeben wird. Aber das ist nicht der Fall, wenn Sie das Geld auf den grossen Haufen werfen und diese Leute nochmals in einen Fonds der LUKB investieren, weil sie sonst nicht wissen, wohin mit dem Geld. Das ist bei den hohen Einkommen viel mehr der Fall.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Da Ihre Eintretensvoten doch recht positiv ausgefallen sind, fasse ich mich eher kurz. Der positive Abschluss 2022 verbessert die Ausgangslage für den Kanton Luzern sicher, gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Jahre, die nicht ganz ohne Herausforderungen sein werden. Für den positiven Abschluss sollten wir also primär dankbar sein. Wenn ich mir vor Augen halte, wie wir die Situation der öffentlichen Hand im Frühjahr 2020 unter Einfluss der Corona-Pandemie beurteilt haben, stelle ich fest, dass die öffentliche Hand heute eigentlich relativ gut dasteht. Das trifft auf den Kanton und seine Gemeinden zu. Diesbezüglich muss man auch ehrlich sein: Die Steuererträge wurden auch vor dem Hintergrund von Corona budgetiert, sie sind glücklicherweise wesentlich besser ausgefallen oder anders ausgedrückt: Der befürchtete Einbruch hat nicht stattgefunden. Fabrizio

Misticoni hat den Erfolg schon etwas einfach dargestellt. Die SNB-Auszahlungen waren zwar sehr erfreulich, aber der grösste Teil davon, nämlich 5 von 6 Tranchen, war budgetiert. Deshalb ist die Differenz relativ marginal. Der grösste Teil ist auf die unerwartet hohen Steuererträge zurückzuführen. Noch etwas zu den Leistungen, die Sie im AFP und im Voranschlag letzten Herbst kritisch beurteilt haben. Wir haben die Leistungen vom Jahr 2022 bis zum Jahr 2023 um gut 6 Prozent gesteigert. Es ist also nicht wie gehört gar nichts passiert, sondern wir haben die Leistungen an diversen Orten massgeblich gesteigert oder sind aktuell mit den Vorbereitungen dazu beschäftigt. Wir haben die guten Abschlüsse dazu genutzt, um unsere Leistungen zu verbessern. Ein Hinweis an David Roth: Wenn Sie die geringen Einkommen wirklich unterstützen wollen, sind Sie mit unserer Steuergesetzrevision gut beraten. Die tiefen Einkommen werden nämlich tatsächlich entlastet. Es ist zudem nicht üblich, dass der Staat Barauszahlungen leistet. Ich glaube, es wäre besser, wenn wir weniger einziehen würden, statt Bargeld auszusahlen. Riccarda Schaller hat einen weiteren Versuch unternommen, um sich zur LUKB zu äussern. Ihr Hinweis, die Beteiligung zu kürzen, weil wir nicht im Verwaltungsrat vertreten sind, scheint mir etwas speziell zu sein. Ich glaube, damit zäumen Sie das Pferd vom Schwanz her auf. Wir sehen das ganz anders. Insgesamt weisen wir ein sehr erfreuliches Resultat auf, zu dem viele beigetragen haben: die Steuerzahlenden, aber auch die Budgetdisziplin der Verwaltung. Auch das dürfen wir hier festhalten.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2022, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 109 zu 0 Stimmen zu.